

**Weiter so — Wie weiter?
Fragen, die Staatsbürger
heute antreiben.....**



Fortsetzung Startseite www.solidarnosch.de

Hat der kapitalistische Motor wirklich ausgedient, wie es viele behaupten? Diese Frage beinhaltet sehr viele Facetten. Doch eines ist klar: Es geht nicht mehr nur um bloße Korrekturen von bestimmten Fehlentwicklungen, sondern um eine umfassende, makro-ökonomische Schiefelage. Damit ist die Systemfrage in den Raum gestellt.

Könnte ein neues, solidarisches Wirtschaftssystem, welches die Erfahrungen aus Kapitalismus und Sozialismus nutzt, die fundamentalen Probleme dieser Welt lösen? Was muss sich in unserer Welt ändern, um bessere Voraussetzungen für alle zu schaffen? Wie schaffen wir es, den in unserer Gesellschaft existierenden Klärungsbedarf in Bezug auf die „Systemfrage“ zu lösen?

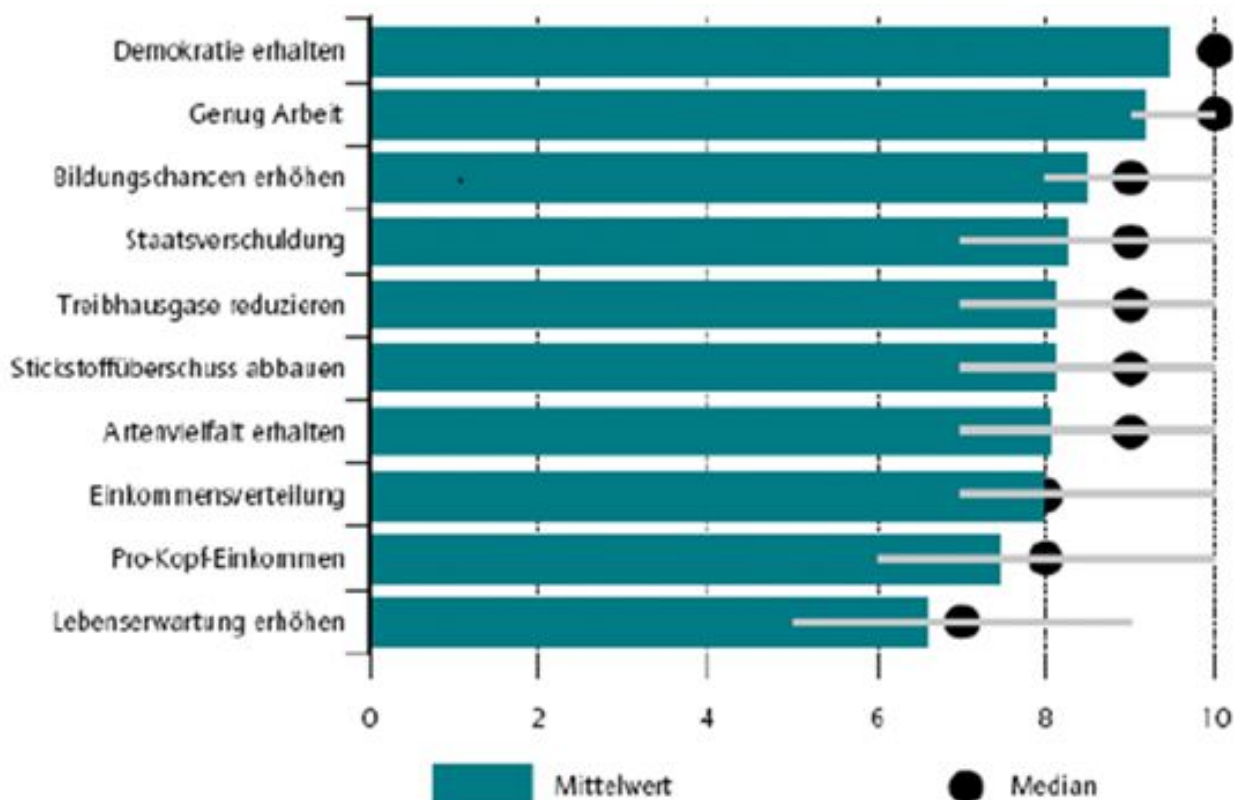
Die erklärten Mechanismen in den geplanten EU-Freihandels- und Dienstleistungsabkommen, erscheinen als ein großes, letztes Aufbäumen, eines die Menschen insgesamt entwürdigenden Systems, welches in dieser Ausprägung neben dem materiellen Wohlstand von Wenigen substantiell den Kult der Zerstörung in sich trägt. Der isolierte Blick auf die noch verbliebenen Wohlstandsinseln auf dieser Erde kann diesen Zustand nicht mehr verdecken und auch nicht mehr das subjektive Empfinden der Bundesbürger über ihre Lebenssituation.

Relevanz von Lebensbereichen *

** Repräsentative Befragung :

"Wie wichtig ist Ihnen, dass die deutsche Politik sich um folgende Themen kümmert?"

Befragungsergebnisse: 0 – gar nicht wichtig / 10 – sehr wichtig



** Quelle: TNS Infratest Telefonsurvey (Januar 2013), 1012 Befragte; Berechnungen DIW Berlin.

Solidarisches Wirtschaften ist Voraussetzung für ein demokratisches System und auch Voraussetzung für den Wohlstand und Gleichwertigkeit aller Menschen (Gemeinwohl). Das europäische Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft wurde sowohl mit seinem Attribut 'Sozial' wie auch als funktionierende Marktwirtschaft aufgegeben und droht bei noch weiterer Konzentration der grundsätzlich überstaatlich agierenden 'Global Player' nun ganz überrollt zu werden. Der Staat überlässt seine Regulierungskompetenz zunehmend dem freien Markt und damit der Privatsphäre und partikularen Interessen.

Das geschieht in einer Gegenwart, in der mittlerweile Finanz- und Wirtschaftswelt ihren Vorrat an Mäßigung restlos aufgebraucht haben, indem sie die führenden Politiker anreizen, ihre eigenen parlamentarischen Gestaltungsspielräume noch weiter einzuengen, den Primat der Politik noch weiter auszuhöhlen. Politiker der führenden Nationen dieser Erde sind gerade dabei, neue transatlantische und eurasische Wirtschaftsräume mittels völkerrechtlich bindenden Verträgen miteinander zu verknüpfen, die Bedingungen schaffen, welche mit schrankenloser Wirtschaftsfreiheit dieses zutiefst illiberale Wirtschaften, dann *-de jure-* nicht mehr revidierbar, noch weiter verstärkt werden. Die Bürgerinnen und Bürger werden dabei weder eingebunden noch gefragt. Demokratie heißt: "dass sich Leute in ihre eigenen Angelegenheiten einmischen" (Max Frisch). Dazu passt nicht, wenn Massenproteste die Regierungen kalt lassen. Historische Erfahrungen zeigen, dass aus dem Bedürfnis der "Global Player" nach einem Staat, welcher nicht etwa der Kontrolle des Volkes, sondern vorzugsweise ihren Interessen unterworfen ist, sich der Faschismus entwickelt. Den Bürgerprotest einfach auszusitzen, ein bisschen mehr Gespräch, ein bisschen mehr (öfters vorgegaukelte) Transparenz, einfach so weiter machen , reicht nicht mehr.

Warum nutzen Politiker den Massenprotest nicht für eine neue (Welt-) Ordnung, die einen Ausgleich von ökonomischen, ökologischen und sozialen Herausforderungen anstrebt?

Aufgerufen sind jetzt alle verantwortungsbewussten Menschen, um ein "weiter so" zu verhindern, indem sie einfach artikulieren, was sie wollen. Diese Verträge sind das Symptom einer bestimmten Form des Wirtschaftens, welche unseren höchsten Verfassungswerten diametral gegenüberliegen. Bürgerinnen und Bürger sind mehr als bloßes Humankapital.

Wir setzen uns ein für einen offenen Diskurs über Alternativen zu einem Kapitalismus, der als Selbstzweck nur das Ziel der Gewinnmaximierung kennt. Alternativen müssen auf der Referenzbasis einer Sozialen Marktwirtschaft sowohl wirtschaftliche wie staatliche Macht dezentrieren, den Pluralismus fördern, gleichzeitig Anreize für eine effiziente Führung der Unternehmen wie auch für eine Gemeinwohl-Orientierung der Unternehmen stiften.

Unsere freiheitliche Verfassung soll ihren Wert behalten und die Menschen ihre Würde. *Papst Franziskus* ermahnte Reiche und Politiker wie auch christgläubige Laien zu uneigennütziger Solidarität und zur Rückkehr der Wirtschaft und der Finanzbranche "zu einer **Ethik zugunsten des Menschen**".¹ Das ist nicht nur ein Bekenntnis zum christlichen Glauben, sondern es ist auch der wissenschaftliche Erkenntnisstand von weltweit führenden Wirtschafts- und Finanzexperten, der Soziologie und Politikwissenschaften.

Dazu *Nicolas SARKOZY* nach Vorlage des Berichtes dieser 25-köpfigen Experten-Kommission in der Großen Aula der Sorbonne (2009):

*"Wenn wir nicht wollen, dass unsere Zukunft, die Zukunft unserer Kinder, die Zukunft künftiger Generationen durchsetzt ist von Finanz-, Wirtschafts-, Umwelt- und sozialen, letztendlich also menschlichen Katastrophen, dann müssen wir unsere Art zu leben, zu konsumieren, zu produzieren, ändern. Und wir müssen die Kriterien unserer gesellschaftlichen Organisation und unserer öffentlichen Politiken ändern. Eine großartige Revolution erwartet uns. Jeden von uns."*²³

¹ Apostolisches Schreiben des Heiligen Vaters Papst Franziskus "Evangelii Gaudium", Die frohe Botschaft Jesu, St. Benno-Verlag, Leipzig 2013, II. Teil, In der Krise des gemeinschaftlichen Engagements, Nr. 52-75, S. 40.

² Rede von Nikolay Sarkozy am 14. September 2009 an der Sorbonne, Discours de réception du rapport à la Sorbonne le 14/09/2009, <https://www.youtube.com/watch?v=UeWbQdJ3oBw>

³ vgl. u.a. Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission (2008/2009) mit 25 Mitgliedern, darunter 5 Nobelpreisträger, Kommission zur Messung der wirtschaftlichen Leistung und des sozialen Fortschritts; einberufen von dem amtierenden französischen Staatspräsidenten Nicolay SARKOZY im Februar 2008, Abschlussbericht am 14. September 2009. Die Kommission löste eine Vielzahl von Folgeaktivitäten aus: vgl.: https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/home/pdf/kolloquien/2013/6_Spoerel_Wohlfahrtsmessung.pdf (Stand 2013)

Auf eine Änderung der öffentlichen Politiken können wir jedoch nur hoffen, wenn der Antrieb und Wille hierzu aus der Kraft der Bürger-Gesellschaft erwächst, aus dem Antrieb von vielen aktiven Menschen, die zu Recht sorgenvoll auf die Zukunft ihrer Kinder und Enkelkinder blicken. Demokratie ist weder ein Ruhekissen noch eine Kuschelecke.

Das Lebensmodell der Zukunft wird darin bestehen, die eigenen Ansprüche an die Umwelt der jeweiligen lokalen Sphäre anzupassen, auf das, was in der lokalen Sphäre des Einzelnen möglich ist (Marianne Gronemeyer), als ideales Zusammenwirken zwischen Suffizienz (Genügsamkeit, nicht Verzicht), moderner Subsistenz (Nachhaltigkeit, Selbsterhaltung) und kürzeren Versorgungsketten. Dieses Lebensmodell nennt die Kernelemente der Postwachstums-Ökonomie von *Niko PAECH*. Ein Lebensmodell, das von dem Zusammenwirken dieser Gestaltungsfaktoren geprägt ist, bezeichnet er als

"Daseinsmächtigkeit".

Die einzige Größe, in der das funktioniert, ist die Kommune, denn sie kann die soziale Dichte bereitstellen, die ein resilientes (krisenfestes) System benötigt. Der noch andauernde Prozess der Globalisierung (System der Fremdversorgung) drängt diese genuine Funktion der Kommune –ohne angemessene Kompensation– immer weiter in den Hintergrund. Das hat weitreichende Folgen, die unter anderem auch mit dem schleichenden Zerfall der sozialen Netze (Familien) immer deutlicher hervortreten.

Weitere Eckpunkte

Gleichwertigkeit von ökonomischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Sachzielen; Beseitigung von extremen Unternehmens-, Vermögens- und Machtkonzentrationen; Förderung dezentraler, selbstorganisierender und negativ rückgekoppelter Strukturen; Gewährleistung des Subsidiaritätsprinzips; Resozialisierung der Ökonomie; Gewährleistung von Markteintrittschancen für Klein- und Jung-Unternehmen ("Start-Up's"); Einrichtung einer europäischen Rating-Agentur; Vermeidung von Handelsüberschüssen; Aufbau eines unabhängigen, europäischen Datennetzes, Unabhängige Forschung (Expertisen); Folgenabschätzung / Evaluationsklauseln bei Gesetzen / Verordnung im Hinblick auf soziale, umweltverträgliche Auswirkungen oder sonstigen Beeinträchtigungen der Allgemeinheit.....



Eduard Meßmer
Poststraße 2
D-77830 Bühlertal

kontakt@gemeinwohl-demokratie.eu

